

960/AE XX.GP

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Karl Smolle, Volker Kier
und PartnerInnen
betreffend Arbeit der Historikerkommission

Bekanntermaßen wurde zur Erforschung der Arisierung, Zwangsarbeit und der Rückstellungsansprüche eine Historikerkommission unter dem Vorsitz des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Dr. Jabloner eingesetzt. Diese hat sich heute, den 26.11.1998 konstituiert.

Eine wesentliche Arbeitsgrundlage für diese Historikerkommission werden die Archive der verschiedenen Institutionen sein, von den Gerichten über Banken bis hin zu Landes - und Bundesarchiven.

Um die Arbeit der Kommission nicht zu erschweren bzw. nicht überhaupt zu verunmöglichen soll durch diesen Entschließungsantrag die Bundesregierung nun aufgefordert werden, in ihrem Einflußbereich zu veranlassen, daß für den Zeitraum der Tätigkeit der Kommission jedwede Skartierung von Akten aus dem von der Untersuchung betroffenen Zeitraum unterlassen wird. Denn da die Historikerkommission sowieso nicht uneingeschränkter Zugang zu den Archiven bekommt, sondern sich im Einzelfall an die Bundesregierung um Mithilfe wenden muß, ist die Bundesregierung in der besonders verantwortungsvollen Position, hier nicht durch Skartierungen zusätzliche Hindernisse aufzubauen.

Es stellen daher die unterzeichneten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

“Die Bundesregierung wird aufgefordert, in allen Archiven der Ministerien und nachgeordneten Dienststellen für die Zeit der Tätigkeit der Historikerkommission die Skartierung von Akten aus der zu untersuchenden Zeit einzustellen.

Weiters wird die Bundesregierung aufgefordert, dahingehend auf die Landesregierungen einzuwirken, daß auch diese die Skartierung von Akten aus dem besagten Zeitraum einstellen.”

Formell wird die Zuweisung an den Verfassungsausschuß vorgeschlagen.